



RÜCKBLICK

# Tarifverhandlungen VKA und Bund 2012

**Potsdam: 29. und 30. März 2012, Kongresshotel Potsdam am Templiner See „Am Luftschiffhafen“**

Vor einem Jahr, bei den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes der Länder, waren wir am gleichen Ort. Damals einigten wir uns in der Großen Tarifkommission (GTK) der Gewerkschaft der Polizei (Bundesebene) auf „reelle umsetzbare“ Forderungen und eine reine Entgelttrunde. Das Ergebnis ist jedem von euch bekannt. Die Umsetzung der letzten Stufe von 1,9 Prozent plus anschließenden 17,00 Euro Sockelbetrag im Januar dieses Jahres ergab bei mir eine Bruttoerhöhung von 66,95 Euro. Nach Abzug aller Sozialleistungen und Steuern blieben 14,21 Euro übrig.

Während der diesjährigen Fahrt nach Potsdam musste ich noch einmal tanken: 1,70 Euro der Liter Super! Mit den Gedanken daran und der Vorstellung, wie der Inhalt meines Warenkorb bei gleichem Geldwert zusammengeschrumpft ist und mit dem Wissen, dass sich sämtliche Lebenshaltungskosten nachweislich schleichend, zum Teil aber auch gravierend erhöht haben, decken die letzten Gehaltserhöhungen nicht mal die gestiegenen notwendigen Ausgaben ab. Nicht im Traum ist daran zu denken, dass für Freizeit oder Kultur etwas übrig bleibt!

Fazit für mich: Die heutige Forderung von 6,5 Prozent, mindestens aber 200 Euro, ist nachvollziehbar und bei dieser Teuerungsrate auch notwendig und nicht im geringsten wirklichkeitsfremd. „Bemerkenswert“ finde ich jedes Mal, dass sich im Vorfeld der Tarifverhandlungen Politiker aller Fraktionen zu Wort melden, um ein Statement für die Beschäftigtenforderungen abzugeben. Die einen entdecken christliche Werte wieder („Geben ist seliger als Nehmen“ – Danke Ursula!), die anderen entdecken ihr soziales Gewissen, obwohl sie Minijobs, Hartz IV und Leiharbeit nicht verhindert haben und die „Mehr Netto vom Brutto“-Fraktion – naja ...

Leider sind diese Politiker nicht unser Gegenpart in den Verhandlungsrunden!

Auch wenn wir als Beschäftigte der sächsischen Polizei in diesen Verhandlungen nicht direkt betroffen sind, tragen wir dennoch die Verantwortung für unsere Gewerkschaftsmitglieder im polizeilichen Vollzugsdienst in den Städten und Gemeinden sowie der Bundespolizei.

Dass das diesjährige Ergebnis selbstverständlich auch Auswirkungen auf die zukünftigen Tarifaueinandersetzungen mit den Ländern im nächsten Jahr haben wird, ist jedem von uns bewusst. Unter diesem Gesichtspunkt bedauere ich, dass wir in Sachsen nicht eine noch größere Anzahl an Beschäftigten zur Unterstützung unserer Kollegen für eine Teilnahme an den verschiedenen Aktionen gewinnen konnten. Die bundesweiten Kundgebungen und Warnstreiks führten aber dazu, dass sich vor einer Woche unser Gegenüber doch noch für eine Schlichtungsvereinbarung entschieden hat.

Das am 12. März 2012 vorgelegte Angebot der Arbeitgeber von insgesamt 3,3 Prozent bei einer Laufzeit von zwei Jahren hätte gerade einmal eine Einkommenssteigerung von 1,77 Prozent bedeutet und würde nicht einmal die Inflationsrate von 2,3 Prozent (Statistisches Bundesamt, Februar 2012) ausgleichen. Das war unannehmbar!

In der jetzigen, abschließenden Verhandlungsrunde sitzen wir, die GTK der GdP (aus jeweils zwei Vertretern jedes Bundeslandes, der Bundespolizei und des BKA) in unmittelbarer Nähe neben den Räumlichkeiten der verhandelnden Parteien und hoffen auf ein verhandlungsfähiges Angebot der Arbeitgeber.

In regelmäßigen Abständen werden wir von unseren Vertretern in der ver.di-Verhandlungskommission über den Fortgang der Gespräche informiert. Die direkten Verhandlungen werden für die Arbeitgeberseite für den Bereich des Bundes vom Bundesinnenminister Dr. Hans-Pe-



Jörg Günther  
stellv. Landesvorsitzender (Tarif)

ter Friedrich und für die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) vom Präsidenten Dr. Thomas Böhle geführt.

Auf Seiten der Gewerkschaften kämpfen Frank Bsirske von ver.di und für die dbb-Tarifunion Frank Stöhr.

Wir hoffen natürlich, trotz der Äußerungen im vergangenen Zeitraum über klamme Kassen besonders im Bereich der Kommunen, ein ordentliches Ergebnis zu erzielen. Das Risiko einer weiteren Aufspaltung der Verhandlungen zwischen Bund und Kommune ist dennoch ständig im Raum.

Aufgrund des kürzlich ergangenen Urteils zur Urlaubsstaffelung zugunsten älterer Arbeitnehmer wird durch die Arbeitgeber versucht, dieses Thema mit in die Verhandlungen einzubringen. Unsere Verhandlungsseite besteht aber auf einer reinen Lohnrunde in Verbindung mit den vorher abgesprochenen weiteren Themen-

Fortsetzung auf Seite 2



ZITAT DES MONATS

„Willst du den Charakter eines Menschen erkennen, so gib ihm Macht.“

Abraham Lincoln  
\* 12. 2. 1809 – † 15. 4. 1865

REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe **Mai 2012**, war der **5. April 2012**, für die Ausgabe **Juni 2012** ist es der **3. Mai 2012** und für die Ausgabe **Juli 2012** ist es der **7. Juni 2012**.

Die Redaktion behält sich das Recht vor, unaufgefordert eingesandte Artikel und Leserbriefe zu kürzen. Leserbriefe stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Sachsen

**Geschäftsstelle:**  
Sachsenallee 16  
01723 Kesselsdorf  
Telefon: (03 52 04) 6 87 11  
Telefax: (03 52 04) 6 87 50  
Internet: www.gdp-sachsen.de  
E-Mail: gdp@gdp-sachsen.de

Sozialwerk der Polizei  
Telefon: (03 52 04) 6 87 14  
Telefax: (03 52 04) 6 87 18  
Internet: www.psw-service.de  
E-Mail: psw@psw-service.de

**Redaktion:**  
Matthias Büschel (V.i.S.d.P.)  
Scharnhorststr. 5, 09130 Chemnitz  
Telefon: (dienstlich) (03 71) 3 87-20 51  
Fax: (dienstlich) (03 71) 3 87-20 55  
E-Mail: Redaktion@gdp-sachsen.de

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96 0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2801

Fortsetzung von Seite 1

feldern. Davon gibt es auch genügend! Die Übernahmeregelungen für Auszubildende, eine Tarifvereinbarung für Beschäftigte an Theatern und Bühnen sowie für Tarifbeschäftigte auf Flughäfen sind nur einige davon.

Diese Problemfelder der VKA nehmen einen größeren Raum in den Gesprächen ein als erwartet.

Nach einer Pressekonferenz am Donnerstag gegen 18.00 Uhr, in der der Bundesinnenminister Dr. Friedrich und ver.di-Chef Frank Bsirske ihren Einigungswillen erklärten, wird der Verhandlungstag gegen 1.00 Uhr Freitag früh ohne einen für uns erkennbaren Verhandlungsfortschritt beendet.

Für uns heißt es Warten. In der verbleibenden Zeit beschäftigen sich die Mitglieder unserer Tarifkommission in verschiedenen Arbeitsgruppen mit Problemfeldern der neuen Entgeltordnung und mit verbesserungswürdigen Paragrafen des TV-L wie zum Beispiel den § 29.

Am Freitag geht das Warten weiter. Es scheint, dass alles auf der Kippe steht. Ist es die prozentuale Erhöhung, die soziale Komponente von 200 Euro oder sind es die anderen Punkte im Verhandlungsumfang, die als problematisch angesehen werden?

Oder vielleicht doch das Urlaubsurteil?

Endlich, kurz nach 19.00 Uhr, kommen unsere Kollegen Bernhard Wüthaut, Kerstin Pillipp und Albertina Körner und informieren uns über den Stand der Gespräche. Später stimmen wir über das ausgehandelte Ergebnis als Vertreter der Beschäftigten der GdP ab.

Es ist geschafft!

Für die zwei Millionen Beschäftigten gibt es 6,3 Prozent mehr Geld, verteilt in drei Stufen auf zwei Jahre. Rechnet man Zins und Zinseszins hinzu, ergibt es am Ende 6,41 Prozent. Wir hatten 6,5 Prozent gefordert – wenn auch für ein Jahr.

Leider war eine Einigung zu einer Gehaltsverbesserung durch eine Mindestsumme für die unteren Einkommensgruppen nicht zu erreichen. Nach langer Diskussion stimmt dann am frühen Samstagmorgen die Mehrheit der großen Tarif-

kommission von ver.di ebenfalls dem ausgehandelten Ergebnis zu.

1. Lineare Entgelterhöhung

Die Tabellenentgelte (einschließlich der Beträge aus einer individuellen Zwischenstufe und aus einer individuellen Endstufe sowie der Tabellenwerte für die Entgeltgruppen 2 Ü und 15 Ü) werden

- ab 1. März 2012 um 3,5 Prozent,
- ab 1. Januar 2013 um weitere 1,4 Prozent und
- ab 1. August 2013 um weitere 1,4 Prozent erhöht.

2. Auszubildende, Praktikanten des Bundes und der VKA

a) Entgelterhöhung

Die Ausbildungs- und Praktikantentgelte erhöhen sich

- ab 1. März 2012 um einen Festbetrag in Höhe von 50,00 Euro und
- ab 1. August 2013 um einen Festbetrag in Höhe von 40,00 Euro.

Die Laufzeit beträgt 24 Monate.

Leider müssen wir auch auf eine Neuregelung zum Urlaub eingehen. Dieser Regelung wurde widerwillig zugestimmt, da es sonst durch die Arbeitgeber zu einer einseitigen Kündigung der Urlaubsregelung gekommen wäre. Die Folge wäre ein Rückfall auf die Regelung des Bundesurlaubsgesetzes mit 24 Werktagen Urlaub gewesen. Dieser Punkt wird uns auch in der kommenden Verhandlungsrunde mit den Ländern beschäftigen müssen. Alle Beschäftigten, die noch keinen Anspruch auf 30 Urlaubstage bis zum 31. Dezember 2012 erworben haben, erhalten 29 Tage. Erst mit 55 Jahren erhöht sich der Urlaubsanspruch wieder auf 30 Tage.

Dennoch muss ich sagen, dass durch den massiven Druck unserer Beschäftigten in den vielen Aktionen bundesweit ein durchaus annehmbarer Abschluss zustande gekommen ist. Das sollte für uns im nächsten Jahr beispielhaft sein.

Wir als GdP stehen natürlich für eine Übernahme des Tarifergebnisses auch für den Beamtenbereich!

Jörg Günther



**FRAUENGRUPPE**

# 12. Wohlfühlwochenende

Wir laden ein zum 12. Wohlfühlwochenende der Frauengruppe der Gewerkschaft der Polizei Sachsen e. V. (GdP) vom 26. bis 28. Oktober 2012 im Hotel „Zum Leineweber“ in 03096 Burg (Spreewald).

Preis: 159,00 € pro Person im Doppelzimmer; 191,00 € pro Person im Einzelzimmer

Im Preis enthalten sind:

2 Übernachtungen im komfortablen Doppelzimmer oder Einzelzimmer

2 x reichhaltiges Frühstücksbüfett, Obstteller und Wellnesspräsenz im Zimmer

1 x Begrüßungsgetränk zum Abendessen

2 x Abendessen im Rahmen der Halbpension

1 x 2 Stunden Aufenthalt in der Spreewald-Therme (Verlängerung in der Therme ist möglich)

1 x Turmalin-Edelstein-Balance-Massage (30 Min) im hoteleigenen Wellness-

bereich, kostenlose Nutzung der NEUEN hoteleigenen Sauna (Bademantel bitte mitbringen – Ausleihe gegen Gebühr ist möglich). Für den Sonntagvormittag ist eine Überraschung geplant!

Alle Zimmer sind komfortabel ausgestattet mit Schreibtisch, Doppelbett, Kleiderschrank und Sitzgelegenheit,

liche Massage- oder Kosmetikanwendungen gebucht werden – bitte Termine selbst vereinbaren – siehe auch Internet.

Zuzüglich ist ortsüblich Kurtaxe zu zahlen (1,50 € pro Person/Tag). Die Rechnungslegung erfolgt bei Anreise im Hotel.

Verbindliche Anmeldungen für das Wohlfühlwochenende unter Angabe der

Privatanschrift, GdP-Mitgliedsnummer, Wunsch: Einzel- oder Doppelzimmer mit ... bitte bis 15. Juni 2012 per E-Mail an Gabriele.Einenkel@polizei.sachsen.de.

Anmeldungen werden nach Eingang berücksichtigt. Es stehen 20 Plätze für GdP-Frauen aus

Sachsen zur Verfügung.

Die Stornierungsbedingungen findet Ihr im Internet unter [www.zum-leineweber.de](http://www.zum-leineweber.de).

**Gabriele Einenkel**  
Vorsitzende der Frauengruppe



Fotos: ©Hotel „Zum Leineweber“

Farb-TV und Telefon. Die Bäder verfügen über Badewanne oder Dusche/WC und Fön. Das Zimmer steht am Anreisetag ab 15.00 Uhr und am Abreisetag bis 11.00 Uhr zur Verfügung. Die vorhandenen Parkmöglichkeiten können gratis genutzt werden. Das Hotel verfügt über einen NEUEN Saunabereich. Gern können auch zusätz-

Hallo, Gewerkschafter,

ich bin's wieder! Der Liberators – die nimmermüde Flamme des grenzenlosen ICH! Mehrfach musste ich euch mahnen, meine Bahnen nicht zu kreuzen. Aber nun ist die Zeit gekommen, die Früchte meiner Worte zu ernten, denn es gebührt euch Lob. Ihr wundert euch? Ich mich auch!

Warum hat das nur so lange gedauert?

Da behängt ihr euch an allen Ecken und bei jeder Gelegenheit mit dem Mäntelchen der Solidargemeinschaft und singt dieses „Wir-müssen-alle-für-einander-da-sein-Gedöhns“. Aber dann kommt beim Kampf eurer Kollegen von der Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF) euer wahres Gewerkschafterantlitz zum Vorschein. Jeder kämpfe zuerst für sich! Und plötzlich seid ihr mir soooo nahe!

Das Bundesarbeitsgericht hat 2010 doch nicht umsonst den Spielraum von Spezialgewerkschaften erweitert und den Grundsatz „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ in die Tonne gekloppt! Und sofort ist eure Front der Arbeiterklasse an der Süße des Rechts des Stärkeren jämmerlich verreckt und ihr habt's nicht verhindern können. Ätsh!

Es lässt mir die Freudentränen in die Augen schießen, wenn ich Betriebsräte heulen höre, der Streik dieser GdF am Frankfurter Flughafen wäre nicht im Sinne des Unternehmens und wenn ver.di plötzlich kurzsilbig erklärt, man verstünde die übertriebenen Forderungen der GdF nicht. Na geil! Genau so muss es sein.

Jeder hole sich das, was er kann und belaste sich nicht mit den Interessen des Nachbarn. Und 200 streikende Vorfeldarbeiter können eben mehr erstreiken als 200 Müllmänner!

Zugegeben: Die GdF ist ein wenig eingeknickt und hat klammheimlich einen mickrigen Kompromiss gesucht. Die Gewerkschaft der Lokführer war seinerzeit etwas konsequenter. Aber wir wollen ja nicht nörgeln. Ihr seid auf dem richtigen Weg!

So, und jetzt gebt euch einen Ruck und steht zu eurer verborgenen Neigung des Egoismus. Es fühlt sich nur am Anfang etwas schmutzig an. Danach gewöhnt man sich dran. Wie wäre es mit einer Revier-GdP kontra Stabs-GdP? Oder LKA-BDK und KPI-BDK? Ihr wollt euch doch nicht allen Ernstes in einen Topf hauen lassen? Es lebe der Organisationsindividualismus!

**Mit extremen Grüßen**  
Euer Liberator!





# „Wir fragten die Polizistinnen und Polizisten!“

Meinungsumfrage der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Sachsen e. V.,  
zur Dienst- und Einsatzbekleidung

## Zweck und Ziel der Maßnahme

Mit der Befragung der Bediensteten, welche die Dienst- bzw. Einsatzbekleidung tragen, sollte, nachdem die Einführung insbesondere der blauen Dienstbekleidung abgeschlossen war, eine zeitnahe Erhebung und Einschätzung über die Zufriedenheit der Nutzer und die Qualität der Bekleidung erfolgen. Dies war umso wichtiger, da vor der Einführung kein Trageversuch in Sachsen durchgeführt wurde. Zugleich wollten wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Beschaffungsstelle der Polizei sowie den Servicepunkten in Chemnitz, Dresden und Leipzig in ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit und nicht immer leichten Arbeit unterstützen.

## Gesamteinschätzung, Vorschläge und Forderungen der Gewerkschaft der Polizei

Die Befragung der GdP Sachsen war wichtig, richtig und notwendig.

Über 55 Prozent der befragten Polizisten sind mit der eingeführten Dienstbekleidung und Einsatzbekleidung zufrieden.

Weniger als ein Fünftel der Befragten ist mit der Dienstbekleidung und weniger als ein Achtel ist mit der Einsatzbekleidung unzufrieden.

Nach Auswertung und Analyse der Befragung einschließlich des Freitextfeldes schlägt die GdP Sachsen im Einzelnen vor:

Die Bekleidungsstücke, die am kritischsten bewertet worden sind, sollten unverzüglich auf ihre Eigenschaften und Einsatztauglichkeit überprüft, abgeändert beziehungsweise ausgetauscht werden.

Insbesondere Arbeitsschutzeigenschaften, Stoffqualität und Farbechtheit sollten wesentliche Kriterien sein.

Die Dienstbekleidung ist hinsichtlich der Wintertauglichkeit (zum Beispiel bei Temperaturen im zweistelligen Minusbereich) zeitnah zu überprüfen. Insbesondere die Problematik Winterjacke(-anorak) und ein zweites Paar Winterschuhe (neben dem Einsatzstiefel leicht) sollten bei der Grundausstattung berücksichtigt werden.

Des Weiteren wurde im Bereich der Dienstbekleidung sehr häufig um die Wiedereinführung der Schirmmütze (weiß) gebeten. Die GdP Sachsen schlägt vor, ins-

## Ergebnis Dienstbekleidung

### Tragekomfort/Passform (D 1)

zufrieden: 58,72 %    befriedigend: 23,83 %    unzufrieden: 17,44 %

### Material/Stoff (D 2)

zufrieden: 55,81 %    befriedigend: 25,49 %    unzufrieden: 18,68 %

### Pflege (D 3)

zufrieden: 55,58%    befriedigend: 28,11 %    unzufrieden: 16,30%

### Verarbeitungsqualität (D 4)

zufrieden: 61,58 %    befriedigend: 27,03 %    unzufrieden: 11,38 %

### Arbeitsschutz (D 5)

zufrieden: 45,12 %    befriedigend: 31,04 %    unzufrieden: 23,83 %

### Ausstattungsgrad (D 6)

zufrieden: 55,17 %    befriedigend: 26,04 %    unzufrieden: 18,78 %

## Ergebnis Einsatzbekleidung

### Tragekomfort/Passform (E 1)

zufrieden: 53,92 %    befriedigend: 29,99 %    unzufrieden: 16,07 %

### Material/Stoff (E 2)

zufrieden: 58,74 %    befriedigend: 31,57 %    unzufrieden: 12,97 %

### Pflege (E 3)

zufrieden: 60,86%    befriedigend: 28,11 %    unzufrieden: 7,56 %

### Verarbeitungsqualität (E 4)

zufrieden: 58,48 %    befriedigend: 34,14 %    unzufrieden: 7,37 %

### Arbeitsschutz (E 5)

zufrieden: 59,30 %    befriedigend: 28,56 %    unzufrieden: 12,13 %

### Ausstattungsgrad (E 6)

zufrieden: 50,69 %    befriedigend: 30,91 %    unzufrieden: 18,38 %



## DIENSTBEKLEIDUNG UND EINSATZBEKLEIDUNG

### Gesamtergebnis Dienstbekleidung

	zufrieden: 55,3 %	befriedigend: 26,9%	unzufrieden: 17,8%
	am kritischsten bewertet:		am positivsten bewertet:
Dienstbekleidung D 1	Strickrolli 45,81 %		Twinjacke 81,41 %
Dienstbekleidung D 2	Strickrolli 55,82 %		Übergangsjacke 73,33 %
Dienstbekleidung D 3	Strickrolli 62,05 %		Übergangsjacke 73,33 %
Dienstbekleidung D 4	Strickrolli 41,93 %		Einsatzstiefel (leicht) 79,90 %
Dienstbekleidung D 5	Schirmmütze (blau) 46,91 %		Einsatzstiefel (leicht) 77,65 %
Dienstbekleidung D 6	Einsatzstiefel (leicht) 30,15 %		Weste 66,11 %

### Gesamtergebnis Einsatzbekleidung

	zufrieden: 57,0 %	befriedigend: 30,6 %	unzufrieden: 12,4 %
	am kritischsten bewertet:		am positivsten bewertet:
Einsatzbekleidung E 1	Basecap 32,83 %		Einsatzkombination 64,93 %
Einsatzbekleidung E 2	Basecap 21,53 %		Einsatzstiefel (S 3) 69,35 %
Einsatzbekleidung E 3	Einsatzhandschuhe 15,38 %		flammh. Unterwäsche 70 bis 71 %
Einsatzbekleidung E 4	Einsatzhandschuhe 25%		Einsatzstiefel (S 3) 67,74 %
Einsatzbekleidung E 5	Basecap 27,45 %		flammh. Unterwäsche 74 bis 75 %
Einsatzbekleidung E 6	Einsatzhandschuhe 28,84 %		Funktionssocken 59,01 %

besondere für die Bereiche Autobahnpolizeireviere und Verkehrspolizeinspektionen zur besseren Erkennbarkeit (Arbeitsschutz) diese Schirmmütze wieder als Bekleidungsstück zu nutzen. Mehrkosten sind dadurch nicht zu erwarten.

Grundsätzlich ist die Standardausstattung mit der Einsatzkombination (berechtigter Personenkreis und Anzahl je Person) zu überprüfen. Aus Sicht der GdP Sachsen besteht hier Handlungsbedarf.

Im Weiteren sollte die Standardausstattung im Bereich der Schutz- bzw. Einsatzbekleidung durch eine schwarze Wollmütze sowie der kostenlosen Bereitstellung des Stichschutzes (Schutzweste) erweitert werden. Zurzeit wird den Beamten der Stichschutz nur gegen persönliche Bezahl-

ung zur Verfügung gestellt. Der Freistaat Sachsen sollte hier aus Sicht des Gesundheits- und Arbeitsschutzes sowie aus beamtenrechtlichen Fürsorgegründen seine Pflicht wahrnehmen.

Die flammhemmende Unterwäsche hat sich grundsätzlich bewährt. Hinsichtlich der Unterwäsche „Sommer“ wird jedoch vorgeschlagen, im Rahmen der künftigen Beschaffung eine Produktüberprüfung hinsichtlich der Trageeigenschaften bei hochsommerlichen Temperaturen vorzunehmen und durch ein Produkt mit angenehmerem Material unter Beibehaltung oder Verbesserung der Schutzeigenschaften auszutauschen.

Im Hinblick auf den Arbeitsschutz ist auch hier die Ausstattung aller Berechtig-

ten besonders wichtig. Der Ausstattungsgrad sollte deshalb schnellstmöglich zu 100 Prozent (zum Beispiel in den Einsatzzügen der Polizeidirektionen) gewährleistet werden.

Ein besonderes Augenmerk muss der Regenbekleidung sowohl für den Bereich Dienst- als auch der Einsatzbekleidung gelten. Im Bereich der Einsatzbekleidung haben sich die zur Verfügung gestellten Bekleidungsstücke bewährt. Im Rahmen der Bewertung zur Dienstbekleidung wurde durch die Befragten die fehlende Regenbekleidung kritisiert. Dieser Mangel sollte schnellstmöglich abgestellt werden.

Des Weiteren spricht sich die GdP Sachsen dafür aus, dass das SMI für die sächsische Polizei

- sofort Festlegungen zu Ausstattungsstandards für den gesamten Polizeivollzug und der Verwaltung im Bereich der Dienstbekleidung sowie Einsatz- bzw. Schutzbekleidung trifft bzw. die vorhandenen Regelungen überarbeitet,

- einen Haushalts- und Zeitplan zur Erreichung der notwendigen Standards und deren Aufrechterhaltung durch planmäßigen Austausch und Ergänzung erarbeitet und

- neben den Festlegungen und Plänen zur Dienstbekleidung bzw. Einsatz- und Schutzbekleidung zwingend mittel- und langfristige Haushaltsplanungen für den gesamten Sachhaushalt vornimmt (zum Beispiel Ausbau Digitalfunk, interaktiver Funkwagen, Waffenaustausch, Schutzwesten mit Stichschutz, Dienst-Kfz, Fremdvergabe et cetera).

**Torsten Scheller**



SEMINAR

# Ausgebrannt

„Burnout im Vorfeld vermeiden“ lautete das Thema des Seminars, zu dem sich eine kleine Gruppe Interessierter vom 12. bis 13. März 2012 im Hotel „Am Kunnerstein“ in Augustusburg traf.

Inhalt des Seminars war es, einen Einblick zu den Hintergründen des Burnout-Syndroms zu erhalten. Symptome und Verlaufsformen kennenzulernen und sich mit den Ursachen auseinanderzusetzen, die die Entstehung des Burnout-Syndroms begünstigen können. Neben der „Früherkennung“ des Burnout-Syndroms und entsprechenden Gegenmaßnahmen ging es darüber hinaus um die Frage, wie Rahmenbedingungen präventiv gestaltet werden können. Es wurde diskutiert, ob oder wie diesbezügliche Auffälligkeiten für sich selbst bzw. für das Umfeld der Betroffenen möglicherweise frühzeitig erkennbar sind und welche Wege zielführend sind, um sich davor zu schützen.

Sehr bewegend waren die ehrlichen Worte von Seminarteilnehmern, die über ihre persönlichen Erfahrungen mit dem Burnout berichteten. Dies ließ erkennen, dass selbst sie der Thematik eher hilflos gegenüberstanden.

Der Betroffene nimmt die Symptome als Letzter wahr und kann kaum aktiv da-

gegen vorgehen. Der Kampf gegen die quälenden Einflüsse, bis es schließlich zum Zusammenbruch kommt, kann viele Monate dauern. Dieser Prozess gründet sich auf emotionale, körperliche und psychische Probleme, die unbearbeitet bleiben.

und Rückzug bis zu körperlichen Beschwerden aller Art. Wenn dann äußere und innere Faktoren in ungünstiger Konstellation zusammentreffen, das Leben zwischen Be- und Entlastung unausgeglichener ist, kann Burnout entstehen.

Wenn wir also mit äußeren Umständen zu kämpfen haben, die unsere Wünsche und Ziele blockieren, aber die inneren Ängste schüren und wir dann unsere Anstrengungen gegen diese Umstände noch erhöhen, ist eine Gefährdung wahrscheinlich.

**DEN** Ausweg aus dieser (lebens-)bedrohlichen Krise gibt es nicht.

Was es aber braucht, um ihr zu entfliehen, sind zwei Dinge: Die **Macht** und die **Kraft**, etwas verändern zu können. Dazu können offene Kommunikation, Anti-Stressstraining und Entspannung in hohem Maße beitragen.

Entspannend war die Abendveranstaltung bei straffem Spaziergang, Bowling und anregenden Gesprächen die beste Voraussetzung, in Umsetzung des Gelernten gesund zu bleiben.

Wir bedanken uns herzlich bei der Seminarleiterin Carola Kühnert, die uns diese Problematik in zwei Tagen nähergebracht hat.

*Marko Pfeiffer*



Foto: Redaktion DP LJ Sn

Daraus folgt ein dramatischer Abbau der Leistungsfähigkeit in nahezu allen Lebensbereichen.

Die Symptome sind in emotionalen, sozialen, intellektuellen und körperlichen Bereichen extrem vielschichtig.

Sie äußern sich vom Verlust von Idealen bis Suizidgedanken, über Isolierung

## SENIORENGRUPPE POLIZEIDIREKTION LEIPZIG

# Ausfahrt nach Gndstein



**Die Ausfahrt der Senioren der Kreisgruppe der Polizeidirektion Leipzig findet am Freitag, dem 22. Juni 2012 statt.**

**Treffpunkt:** 9.45 Uhr am Paunsdorfercenter an der Straßenbahnhaltestelle Paunsdorfer Allee/Permoser Straße

**Abfahrt:** 10.00 Uhr

**Ablauf:** Besuch der Burg Gndstein und Besuch des Mühlenmuseums. Für das leibliche Wohl ist wie immer gesorgt.

**Verbindliche Anmeldungen an:**

Kollegin Rosi Kundt vom 14. Mai bis zum 16. Mai 2012 unter Tel.: 03 42/ 9 13 32 71 oder 01 76/54 75 18 60 oder

Kollegen Lutz Bürger vom 4. Juni bis zum 6. Juni 2012 unter Tel.: 03 41/ 2 31 47 29 oder 0 15 20/8 86 35 32.

Sollten die Partner an der Ausfahrt teilnehmen wollen, so müssen diese den Unkostenbeitrag selbst tragen, welcher im Bus eingesammelt wird (Hinweis: nur begrenzte Platzkapazität).

*Rosi Kundt*





R+V-STUDIE „DIE ÄNGSTE DER DEUTSCHEN 2011“

# Sorgen in allen Bundesländern gesunken – Naturkatastrophen im Fokus – Teil 3

Fortsetzung der April-Ausgabe

**Nordrhein-Westfalen (Platz 11):** Ein Aufatmen geht durch Nordrhein-Westfalen: Hier sind alle Ängste im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken, der Angstindex beträgt 39 Prozent (minus 12 Prozentpunkte). Damit erlebt dieses Bundesland den größten Positiv-Ruck von allen. Am stärksten gingen die wirtschaftlichen Sorgen zurück: etwa vor Arbeitslosigkeit in Deutschland (minus 29 Prozentpunkte, und damit fast halbiert), schlechter Wirtschaftslage (minus 23 Prozentpunkte) oder eigener Arbeitslosigkeit (minus 21 Prozentpunkte). In keinem anderen Bundesland ist die Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten (55 Prozent) so gering wie in Nordrhein-Westfalen. Die größte Sorge bereiten den Bürgern in Nordrhein-Westfalen mögliche Naturkatastrophen. Aber auch diese Furcht liegt mit 56 Prozent (minus 6 Prozentpunkte) noch unter dem Vorjahresniveau.

**Rheinland-Pfalz und Saarland (Platz 10):** Gleicher Rang unter den Bundesländern wie im vergangenen Jahr, aber weniger Angst vor der Zukunft: In Rheinland-Pfalz und dem Saarland sank das Angstniveau um minus 6 Prozentpunkte. Gewachsen sind allerdings die Angst vor Terrorgefahr (plus 7 Prozentpunkte) sowie vor der Überforderung der Politiker (plus 3 Prozentpunkte). Mit der positiven Sicht auf die Wirtschaft – eine Verschlechterung befürchten mit 44 Prozent weniger als die Hälfte der Bürger (minus 14 Prozentpunkte) – nimmt auch die Angst vor Arbeitslosigkeit in Deutschland stark ab (minus 21 Prozentpunkte). Die in ganz Deutschland große Sorge vor Naturkatastrophen bewegt auch die Menschen in Rheinland-Pfalz und dem Saarland: Sie ist mit 61 Prozent die Nummer 1 unter den Ängsten. Fast ebenso groß ist die Befürchtung, dass die Politiker von ihren Aufgaben überfordert sind (60 Prozent).

**Sachsen (Platz 8):** Von allen ostdeutschen Bundesbürgern sind die Sachsen am optimistischsten. Mit einem durchschnittlichen Angstniveau von 44 Prozent sind sie in puncto Ängstlichkeit vergleichbar mit den benachbarten Bayern

oder den Hamburgern. Große Sorgen machen sich die Sachsen um ihre Gesundheit. Auf Platz 2 und 3 liegen die Ängste vor einer schweren Erkrankung (60 Prozent) und davor, im Alter zum Pflegefall zu werden (57 Prozent) – gleich nach der Furcht vor steigenden Lebenshaltungskosten (Rang 1 mit 72 Prozent). Unbesorgt blicken die Sachsen in die Zukunft, wenn es um die Zweisamkeit geht:

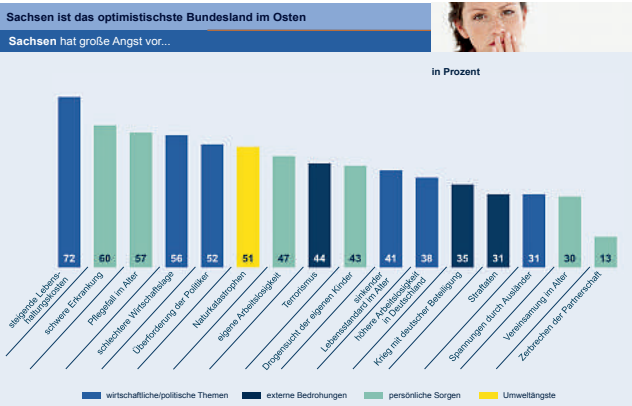
**Schleswig-Holstein und Hamburg (Platz 6):** Die Menschen im hohen Norden haben sich etwas vom Stimmungstief des vergangenen Jahres erholt. 45 Prozent der Einwohner Schleswig-Holsteins und Hamburgs werden von großen Zukunftsängsten geplagt – im letzten Jahr waren es noch 52 Prozent. Besonders bewegt die Bürger die Sorge, schlecht reagierte zu werden. Dieser Wert ist mit 73

Prozent höher als in allen anderen Bundesländern und stärker als im vergangenen Jahr (plus 4 Prozentpunkte). Ganz oben liegen die Nordlichter auch bei der Angst vor wachsender Arbeitslosigkeit in Deutschland (55 Prozent). Dafür sieht man dem Alter gelassener entgegen. Eine mögliche Vereinsamung bereitet nur 21 Prozent

der Bürger Kummer, so wenig wie sonst in keinem anderen Bundesland. Auch die Angst vor Pflegebedürftigkeit ist deutlich zurückgegangen (minus 15 Prozentpunkte auf 54 Prozent).

**Thüringen (Platz 5):** Bei ihrem Top-Thema „steigende Lebenshaltungskosten“ liegen die Thüringer mit 76 Prozent um 13 Prozentpunkte höher als der Bundesdurchschnitt – das ist mit Abstand der höchste Wert von allen Bundesländern. Auf Platz 2 folgt die Angst, zum Pflegefall zu werden, ebenfalls mit einem relativ hohen Wert von 62 Prozent. Gestiegen sind die Ängste vor Terrorismus (plus 7 Prozentpunkte) und Krieg mit deutscher Beteiligung (plus 8 Prozentpunkte). Insgesamt sind aber auch die Thüringer optimistischer geworden, das Angstniveau sank gegenüber dem Vorjahr um 6 Prozentpunkte auf 46 Prozent. Um die Arbeitslosigkeit in Deutschland sorgen sich inzwischen nur noch 30 Prozent der Thüringer (minus 35 Prozentpunkte) – im Vorjahr lag diese Furcht noch an fünfter Stelle.

Die Ängste der Deutschen 2011



Quelle: www.infocenter.ruv.de

Nur 13 Prozent der Menschen sorgen sich um das Zerbrechen der Partnerschaft. Das ist der niedrigste Wert von allen Bundesländern.

**Sachsen-Anhalt (Platz 1):** Die größten Sorgenfalten haben auch in diesem Jahr die Menschen in Sachsen-Anhalt: In sechs von 16 abgefragten Sorgen sind die Sachsen-Anhaltiner bundesweit auf Platz 1. Die Top-3-Ängste gelten den steigenden Lebenshaltungskosten (79 Prozent), der Überforderung der Politiker (70 Prozent) und der Furcht vor Pflegebedürftigkeit im Alter (68 Prozent). Neben persönlichen Ängsten plagen sie auch politische Sorgen mehr als andere Bundesbürger: etwa hinsichtlich der Gefahr durch Terrorismus (67 Prozent), Krieg mit deutscher Beteiligung (60 Prozent) oder der Sorge, Opfer einer Straftat zu werden (41 Prozent). Die Angst, den Job zu verlieren, ist dagegen um 22 Prozentpunkte auf Rang 8 zurückgefallen – im vergangenen Jahr war das noch die Hauptsorge. Analog dazu ist auch die Sorge vor Arbeitslosigkeit in Deutschland zurückgegangen (minus 26 Prozentpunkte).

Ende





# Das Landeskriminalamt ...

## ... in Sachsen

„Polizei.Sachsen.2020“ – bedeutet auch für das LKA SN Aufgaben bündeln zu müssen, um Personalressourcen freizusetzen. Der Personalbestand von derzeit 902 soll um weitere 87 Stellen reduziert werden. Der geforderte Stellenabbau wird schwerwiegende Folgen für die Kriminalitätsbekämpfung haben. Organisationsänderungen bedeuten Einschnitte in fast allen Bereichen.

Geplante Änderungen: Die Pressestelle wird dem Präsidenten direkt unterstellt. Die Zentralstelle Prävention wird nicht mehr untergliedert. Ihr Aufgabenzuschnitt wird sich stärker auf den Bereich der Sekundärprävention konzentrieren. In der neu einzurichtenden Abt. 1 „Zentrale Aufgaben“ werden die Aufgaben des bisherigen Leitungsstabes sowie der Abt. 1 gebündelt. Der Leiter der Abteilung ist zugleich Vertreter des Präsidenten. Die Abteilung wird aus 4 Referaten bestehen. In der Abt. 2 „Auswertung/Ermittlungen“ fällt die Führungsgruppe weg. Die Aufgaben der jetzigen Dez. „Korruption/INES“ und „Sonderfälle“ werden zusammengeführt. Die Dezernate GER Ostsachsen (26) und GER Westsachsen (27) bleiben bestehen. Die Dez. „Tatort-, USBV-Gruppe“ und „Zeugenschutz“ werden aus der bestehenden Abt. 4 herausgelöst und in die Abt. 3 „Ermittlungsunterstützung“ integriert. In das Dez. „Fahndung, Internationaler Dienstverkehr, Zielfahndung“ wird die Zielfahndung (bisher im MEK) integriert. Es wird ein Dez. 38 zur Aufbereitung und Auswertung von Massendaten/eFAS gebildet. Die KoSt für Spezialeinheiten der Abt. 4 wird unmittelbar dem Abteilungsleiter zugeordnet. Die Struktur der Abt. 5 „Staatschutz“ bleibt unverändert. Der bisher dem Abteilungsleiter 6 (KTI) direkt unterstellte Bereich „Qualitätsmanagement“ (QM) wird dem künftigen Fachbereich „Zentrale Aufgaben, Spezialfotografie und QM“ zugeordnet. Die Standardfotografie wird aus dem LKA ausgelagert.

**Matthias Büschel**

## ... in Sachsen-Anhalt

Das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt (LKA) ist zentrale Dienststelle der Kriminalpolizei des Landes und besteht seit 20 Jahren. Die gesetzliche Grundlage seiner Arbeit bildet § 79 des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG LSA). Das LKA nimmt hiernach kriminalpolizeiliche Aufgaben auf Landesebene wahr und führt Ermittlungen in schwierigen oder besonders gelagerten kriminalpolizeilichen Einzelfällen von überregionaler Bedeutung durch. Es gliedert sich in die Organisationseinheiten Direktionsbüro (DirB) und die Abteilungen Verwaltung (1), Kriminalwissenschaft / Kriminaltechnik / Erkennungsdienst (2), Spezialeinheiten, Einsatz- und Ermittlungsunterstützung / Zentrale Information (3), Auswertung / Analyse / Zentrale Ermittlungen / Prävention (4) und Polizeilicher Staatsschutz (5).

Die Aufgabenvielfalt reicht von den Spezialeinheiten wie Sondereinsatzkommando (SEK) und Mobilem Einsatzkommando (MEK) über die Ermittlungsbereiche „Organisierte Kriminalität“ bzw. „Polizeilicher Staatsschutz“, der Tatortgruppe bis hin zur DNA-Analytik.

Einen Schwerpunkt der Arbeit bildet die Bekämpfung von Straftaten in Verbindung mit der Nutzung digitaler Medien. Hochmoderne Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK) finden mit rasanter Geschwindigkeit und großer Innovation Eingang in alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebensbereiche. Es entstehen neue Straftaten mit bisher unbekanntem Modi Operandi in deutlich zunehmender professioneller Ausprägung.

Der dargestellten Kriminalitätsentwicklung wird mit der Einrichtung des „Cybercrime Competence Centers“ (Projekt „4 C“) im LKA begegnet.

**Frank Gebhardt**

## ... in Thüringen

Gemäß Polizeiorganisationsgesetz (POG) ist das Landeskriminalamt (LKA) die zentrale Dienststelle für kriminalpolizeiliche Aufgaben. Es sichert die Zusammenarbeit mit Bund und Ländern und ist zugleich Zentralstelle für das polizeiliche Informations- und Kommunikationswesen sowie für einsatz- und ermittlungsunterstützende Serviceleistungen.

Das LKA koordiniert die Kriminalitätsbekämpfung und sammelt die für die Kriminalitätsbekämpfung bedeutsamen Daten und wertet sie aus. Dem LKA obliegt die zentrale Bekämpfung sowie die Durchführung entsprechender Ermittlungen insbesondere in den Fällen der Organisierten Kriminalität, der Rauschgiftkriminalität, der Wirtschaftskriminalität, der Staatsschutzkriminalität und der Geldwäsche.

Struktur und Personal des LKA wurden in der Vergangenheit bereits mehrfach an die Bedürfnisse der Thüringer Polizei angepasst. Von dem nun durch die Landesregierung geplanten Stellenabbau wird das LKA trotzdem nicht verschont bleiben. In einer Erklärung der Regierungsfractionen bei der Novellierung des POG wird gefordert, beim Stellenabbau alle Polizeidienststellen einzubeziehen. Hinzu kommen sich verändernde Kriminalitätssphänomene, welche auch eine entsprechende Reaktion der Thüringer Polizei erfordern.

Das LKA Thüringen wird durch einen Präsidenten geführt, dem ein Controlling-Bereich und ein Präsidialbüro zur Seite stehen. Der ständige Vertreter führt den Bereich interne Ermittlungen der Thüringer Polizei. Das LKA gliedert sich in die Abteilungen Zentraler Dienst, Polizeilicher Staatsschutz, Einsatz- und Ermittlungsunterstützung, Kriminaltechnik, Information und Kommunikation sowie Ermittlungen und Auswertung.

Diese Organisation hat sich im Wesentlichen bewährt und das LKA kann bei der Erfüllung seiner Aufgaben auch auf spektakuläre Erfolge verweisen.

**Edgar Große**

